

StS Günter Gaus

Berlin, den 23. Mai 1974

Protokoll

über Vieraugen-Gespräch mit DDR-Vizeausenminister  
Kurt Nier am 23. Mai 1974 im DDR-Aussenministerium  
in Ostberlin

Das etwa zweistündige Gespräch wurde von mir mit einem nachdrücklichen Hinweis auf die schweren politischen und psychologischen Folgen eröffnet, die der Fall Guillaume auf die Normalisierungspolitik zwischen den beiden Staaten und das öffentliche Empfinden in der Bundesrepublik gehabt habe. Ich trug Herrn Nier vor, dass die Öffentlichkeit auf den Fall Guillaume mit Empörung reagiert habe. Sie sehe darin nicht nur eine persönliche Brüskierung des bisherigen Bundeskanzlers, sondern auch ein Beispiel für einen Versuch der DDR, den Regierungsapparat der Bundesrepublik zu infiltrieren. Vorgänge dieser Art müssten tiefgreifende politische und psychologische Folgen für das Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik haben und das Urteil der westdeutschen Bevölkerung über die Ziele der DDR negativ bestimmen.

Unter diesen Umständen sei ich gehalten, mit grossem Ernst im Auftrage der Bundesregierung gegen den Auftrag des Herrn Guillaume zu protestieren und nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass derartige Aktivitäten zu unterbleiben hätten und von den Nachrichtendiensten bestimmte Grenzen zu beachten seien, wenn künftig schwerwiegende Belastungen der zwischenstaatlichen Beziehungen vermieden werden sollten. Wenn diese Voraussetzung gegeben sei, könnten sich die Beziehungen in der von beiden Seiten gemäss der Vertragspolitik gewünschten Weise entwickeln.

Nier wies diese Erklärung zurück. Er sagte, er knüpfte an die Erklärung des Sprechers der DDR, die in diesem Zusammenhang abgegeben worden sei und nach der die jüngsten Vorgänge in Bonn eine "innere Angelegenheit der Bundesrepublik" seien. Die Regierung der DDR habe die "positiven und realistischen Züge" der Politik von Bundeskanzler Brandt geschätzt; diese seien von der DDR entsprechend unterstützt worden. Die Regierung der DDR hoffe, dass die neue Bundesregierung den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen werde. Wie weit die DDR bereit sei, dafür das ihre zu tun, gehe aus den entsprechenden Veröffentlichungen der DDR in den letzten Tagen hervor, aus denen man entnehmen könne, dass die DDR die abgeschlossenen Verträge "mit Leben erfüllen" wolle.

Nier zitierte in diesem Zusammenhang den FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnick, der einen "Missbrauch der Spionageaffäre gegen die Vertragspolitik" als unsachlich, falsch und primitiv bezeichnet habe. Dem könne sich die Regierung der DDR nur anschließen; sie lege Wert darauf, dass die Anstrengungen zur Normalisierung zwischen den beiden Staaten fortgesetzt würden.

Ich wiederholte nach dieser Erwiderung erst meine nachdrückliche Warnung vor den nachteiligen Folgen, die die Affäre Guillaume bereits gehabt habe und vor den Konsequenzen, die es haben müsse, wenn nicht Sorge getragen würde, ähnliche Belastungen künftig zu vermeiden.

Im zweiten Teil der Besprechung erörterten wir Fragen im Zusammenhang mit der Entsendung und Akkreditierung der Leiter der Vertretungen in Bonn und Ostberlin.

Ich unterrichtete Nier weisungsgemäss von der Absicht der Bundesregierung, die Akreditierung der Leiter der Vertretungen im Juni vorzunehmen; als ein mögliches Akreditierungsdatum in Bonn komme der 20. Juni in Betracht.

Eine Frage Niers, ob eine frühere Akreditierung möglich sei, verneinte ich u.a. unter Hinweis auf festliegende Termine des Bundespräsidenten. Nier und ich vereinbarten, dass die Möglichkeit, am 20. Juni die Akreditierung vorzunehmen - die DDR würde die beiden Akreditierungen am selben Tag vorziehen - von beiden Seiten geklärt und das Ergebnis über unser Vorkommando in Ostberlin der DDR mitgeteilt werden soll.

Nier fragte, ob ich ihm das Agrémentersuchen für den Leiter unserer Vertretung übergeben könnte. Ich verneinte dies; die Frage Niers, ob die DDR-Regierung entsprechend den Mitteilungen in Bonn und erwartungsgemäss davon ausgehen könne, dass ich der Leiter unserer Vertretung werden solle, bejahte ich. Ich stellte weisungsgemäss in Aussicht, dass wir einen geeigneten Weg finden würden, um wenige Tage vor meinem Eintreffen in Ostberlin das Agrément-Ersuchen für mich zu übermitteln.

Nier meinte, dass das Agrément sicherlich schnell erteilt werden würde; wir sollten jedoch den bürokratischen Ablauf von 2 bis 3 Tagen dabei bedenken.

Bisher noch offene technische Einzelheiten im Zusammenhang mit der Akreditierung wurden gemäss unseren Wünschen gelöst:

Die DDR akzeptiert, dass bei der Akreditierung Kohls weder der Bundespräsident noch Kohl Erklärungen abgeben. Die

Erklärungen, die bei der Akreditierung in Ostberlin vom Leiter unserer Vertretung und dem Staatsratsvorsitzenden Stoph abgegeben werden - entsprechend dem Protokoll der DDR - werden nach der Einigung mit Nier sehr kurz und praktisch inhaltsleer sein; sie sind textlich als reine Formalie des Protokolls zu werten.

Als "Nonpaper" haben wir die Texte der vorgesehenen Beglaubigungsschreiben ausgetauscht; die erste Prüfung des DDR-Schreibens ergibt, dass es sich im Rahmen der ausgehandelten Vereinbarungen hält.

Weitere technische Fragen, so haben Nier und ich verabredet, können auf unterer Ebene geklärt werden.

Nier beanstandete unsere bisherige Praxis im Umgang mit dem Leiter des DDR-Vorkommandos in Bonn, Herrn Bernhardt.

Ich wies diese Monierungen - gestützt auf die Absprachen mit der Abt. II im Kanzleramt - als unbegründet zurück. Nier betonte, dass er diese Fragen nicht überbewerten wolle.

Im dritten Teil des Gespräches verwies ich auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt, die sich daran anknüpfende Bundestagsdebatte, vor allem auf die Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner und die dazu gegebene ADN-Erklärung. Die Bundesregierung und führende Vertreter der Koalition hätten damit deutlich gemacht, dass ungeachtet der von der DDR verursachten Belastungen der Beziehungen die Vertragspolitik fortgesetzt werden könnte und sollte und ein grosser Themenkatalog

offener Fragen vorgegeben sei. Die Bundesregierung sei interessiert zu hören, ob die Regierung der DDR über die ADN-Erklärung hinaus konkrete Einzelheiten zu den angeschnittenen Problemen bereits mitteilen könnte.

Nier verneinte dies. Die DDR habe mit der von ADN veröffentlichten Erklärung ihres Aussenministeriums eindeutig festgestellt, dass sie in den angeschnittenen Bereichen zu Gesprächen bereit sei. Er verwies auf die Stellungnahme der Bundesregierung zur ADN-Erklärung, wonach wir begrüßten, dass die DDR über Vorschläge in diesen Fragen zu Gesprächen bereit sei.

Ich replizierte, dass wir auch nach seiner Antwort Vorschläge, die von der DDR selbst kämen, für wünschenswert hielten; die Bundesregierung ihrerseits werde nach der vollen Arbeitsaufnahme ihrer Vertretung über den Leiter der Vertretung Gespräche mit der DDR aufnehmen, die - unterstützt und begleitet auch von Fachressorts - ~~Verhandlungen~~ möglichst schnell zu konkreten Ergebnissen führen sollten. Die Themenliste der offenen Fragen sei länger als bisher in der Öffentlichkeit diskutiert worden sei; ich gab dafür einige Punkte an, mit dem Hinweis, dass dies noch nicht eine vollständige Liste sei.

Namens der Bundesregierung hätte ich die DDR darauf hinzuweisen, dass übertriebene Erwartungen für die Verlängerung des Swingabkommens unangebracht seien. Wir wollten möglichst schnell zu Vereinbarungen in allen erwähnten Punkten kommen - die Aussicht darauf darf aber nicht durch Illusionen hinsichtlich des Umfangs des künftigen Swings erschwert werden.

Nier sagte, dass seine Regierung Vorschlägen in den erwähnten Fragen, die ich nach seinem Verständnis bald nach meiner Arbeitsaufnahme in Ostberlin machen würde, mit Interesse entgegen sehe.

Nier und ich vereinbarten eine knappe gemeinsame Mitteilung über das geführte Gespräch.

*11 25*  
Verteiler:

BK über Chef BK

AL II gesondert

Minister Franke über MinDir Weichert

Minister Genscher über StS Frank

StS Gaus

*Frank*  
*Gaus*  
*BK*  
*27*